

Im Beginn der Neuzeit erwachen beide. Anfangs, in der Reformation sind sie noch zu jung, um nicht unterliegen zu müssen, aber in der französischen Revolution zeigen sie sich schon stark genug, um dieselbe zu einer eminent sozialen zu machen.

Wenn jetzt wieder eine neue Umwälzung nötig wird, so rührt dies daher, daß die Wissenschaft seitdem fortgeschritten ist und eine neue Produktionsweise sich gebildet hat. Neuer Klassenhaß, neue Wissenschaft zusammen, das sind die Säugmittel im Völklerleben.

Der innige Zusammenhang von wissenschaftlichem Fortschritt und sozialer Empörung erhebt aus der Thatfache, daß beide aus derselben Schafucht nach Verbesserung entspringen, aus derselben Unzufriedenheit mit dem bisher Geleisteten, aus demselben ruhelosen, forschenden, ungezügigten, lähnen Geiste." (Buckle I. 2. 369.) Beide werden vielleicht nie aufhören, aber soll man nach dem Bessern nicht streben, bloß deshalb, weil man das Beste nicht erlangen kann? Das wäre Bahian. Die Mittel aber zur Erlangung des Bessern, zur Durchführung der modernen sozialen Idee, sie sind stetes Wackhalten des Klassenbewußtseins und unerschütterliches Festhalten an der Wissenschaft. Eines ohne das andere ist ohnmächtig, grimmer Haß nur bricht die Sklavenkette, nur die Erkenntnis macht aus Sklaven freie Menschen!

Proletariat — in hoc signo vinces! (3. d.: In diesem Zeichen wirst du siegen!)

Fällt nun mit Jetergeschrei über mich her, Ihr Spießbürger: „Ha! Haß, Klassenhaß, rohen brutalen Haß predigt Ihr — das nennt Ihr Kulturforschritt, Humanität? Ihr Heuchler! Um wie viel höher steht da die Religion der Liebe.“

Gewach, mein Gütester, erinnern Sie sich nur gefälligst des Emanzipationstumpes des dritten Standes. War's die Liebe, die die Quillotinen aufstellte, die die Freiheit brachte? Wenn die Bourgeoisie gewartet hätte auf die „organische Entwicklung“, wie sie die „Harmonie“ zwischen Adel und Bürger mit sich brachte, wir lägen noch heute am alten Standpunkte. Und Liebe war es, die Luther gegen Rom hegte, die Calvin den unglücklichen Doktor Miguel Serveto verbrennen ließ? Von Liebe war erfüllt die Religion der Liebe? Kein Sklave, kein Armer hätte sich derselben angeschlossen, wenn sie Liebe gegen die Besitzenden gepredigt, wenn sie verklärt hätte, Arm und Reich kommen ohne Unterschied in den Himmel. Etwas ganz Anderes war es, was die Gedrückten dem Christentum zuwandte, es stößte dem Unglücklichen Hoffnung auf vereinstige Ruhe ein, auf die schrecklichste, die ewige Ruhe!

Und wäre der Haß ein Verbrechen? Nein, ein Verbrechen ist's, die Unterdrückten, die Blutsauger, die dem Menschengeschlecht unfähiges Elend bringen, zu lieben; sie zu hassen ist Humanität.

Und nicht fruchtlos wird der Haß bleiben, auf Erfolg dürfen wir hoffen, denn nie war so weit wie jetzt die Erkenntnis geblieben. Unsere Zeit hat so viele Probleme gelöst, an denen die vergangenen Jahrhunderte gescheitert sind, sie wird auch dieses lösen. Eine Fülle von Gesetzen der Natur hat man entdeckt; die notwendigen Vorbedingungen zu glücklichem Ausgange sind also gegeben. Denn man muß nicht nur das Uebel, sondern auch seine Ursachen kennen, will man es heilen. Dieselben liegen so tief, daß es einer langen und mühevollen Arbeit bedarf, um sie bloßzulegen, sie sind aber auch so wichtig und einflussreich, sie erstrecken ihre Wirkungen auf das ganze Leben, daß nur mit ihrer Behebung eine Besserung möglich ist.

Es sind zwar in neuester Zeit, und selbst unter Sozialisten oder solchen, die es sein wollen, Ansichten ausgesprochen worden, als könne man eine Wirkung zum Guten dadurch bewerkstelligen, daß man jeden Theil der sozialen Frage für sich behandle und löse; daß es nur Schwindel sei, mit Durchführung eines großen Prinzips da helfen zu wollen.

Nun, wir wissen, welche Früchte eine so kleinliche, halbe Politik mit sich führt. Ein derartiger Verlust müßte und muß gerade so schmerzen, als wenn man eine Krankheit dadurch heilen wollte, daß man die einzelnen Symptome derselben behände: die Fieberhitze, das Phantasieren, die Schwäche des Magens u. Die alte Medizin allerdings versuchte ihr Elend mit allen möglichen Pillen und Rituren, von denen eine immer die Wirkung der andern aufhob, alle aber den Magen verborben.

Große Männer lieben nicht Palliativmittel, „denn sie helfen den Mängeln ab, nicht durch Unterdrückung derselben im Einzelnen, sondern durch Aufstellung einer großen, durchgreifenden Neuerung, die eine neue Ader des Denkens eröffnet, und frische Hilfsmittel erschafft; und diese überlassen sie ihren Nachkommen zur Anwendung und Benutzung.“ (Buckle I. 2. 334.)

Also fürchten wir uns nicht vor dem „Radikal“, fürchten wir uns nicht vor Schlagwortern. Weg mit denen, die die Krankheit gar nicht bemerken wollen, weg mit denen, die sie bemerken aber nicht heilen wollen und können, die höchstens hin und wieder ein Pflasterchen zur augenblicklichen Linderung aufkleben, um das Siedthum noch um eine Spanne Zeit zu verlängern. Fürchtet Euch nicht vor Idealen! Will man etwas halbwegs Gutes erlangen, so muß man Ausgezeichnetes anstreben, da man gewöhnlich nur die Hälfte dessen erlangt, um was man ringt — seid radikal, wollt Ihr etwas erlangen; sobald Ihr konservativ, sobald Ihr bescheiden seid und wenig begehrt, erlangt Ihr gar nichts.

Mag man mir daher auch einen Utopisten, Idealisten, unpraktischen Schwärmer und wie diese lebenswürdigen Benennungen alle heißen, an den Kopf werfen, ich war doch so lähn, ein „Schlagwort“ zu suchen, durch das die letzte Ursache alles Unheiles in der Gesellschaft ausgedrückt und gekennzeichnet werden könnte.

Ich hoffe, es ist gefunden!

Aberdings hatte ich nicht weit zu suchen — ich darf mich nicht rühmen, eine neue Entdeckung gemacht zu haben. Meine Ansicht war nur die, daß das Schlagwort, welches die moderne Wissenschaft zu der ihrigen gemacht, auch auf die moderne soziale Frage, die ja die Tochter dieser Wissenschaft, anwendbar sein müsse.

Dieses höchste Prinzip, das gegenwärtig revolutionärend in der Wissenschaft wirkt, ist die Beseitigung des Dualismus und Anerkennung des Monismus auf jedem Gebiete. (Dualismus: Annahme einer doppelten, geistigen und sinnlichen Grundlage der Natur; Monismus: Annahme der Einheit des Geistigen und Sinnlichen.) Es giebt keinen Geist, der etwas vom Körper Verschiedenes wäre, keinen Gott außerhalb der Natur. Kraft und Stoff sind nicht unverstehliche Gegenstände, die sich stets bekämpfen, nein, sie sind untrennbar, Eines ohne das Andere kann nicht existieren, beide zusammen erst bilden eine Einheit, nicht ein Doppelwesen.

Beseitigung des Dualismus, Herstellung des Monismus auch in der Gesellschaft, das sei daher unsere Parole.

(Fortsetzung folgt.)

John Stuart Mill über Eigenthum und Communismus.

Wir geben im Nachstehenden die Ausführungen des englischen Sozialphilosophen J. St. Mill, den die liberale Volkswirtschaft so gern als nationalökonomisches Decret betrachtet und citirt, und der wenigstens ein Denker, wenn auch kein besonders origineller Denker war, über den Begriff und das Wesen des Eigenthums und des Communismus wider und sind überzeugt, Freund und Feind damit einen Dienst zu leisten. (Die betreffenden Stellen bilden die ersten Paraphen des 2. Buchs der „Grundsätze der politischen Oekonomie“).

§ 1. Die Grundsätze, die im ersten Abschnitt dieses Werks dargelegt sind, unterscheiden sich in gewissen Rücksichten ganz bedeutend von denjenigen, zu deren Betrachtung wir jetzt im Begriff stehen überzugehen. Die Gesetze und Bedingungen der Vermögens-Hervorbringung haben etwas von dem Charakter physikalischer Wahrheiten. Bei ihnen findet sich nichts Freiwilliges oder Willkürliches. Was Menschen überhaupt hervorbringen, das muß auf eine derjenigen Weisen und unter solchen Bedingungen hervorgebracht werden, welche durch die Beschaffenheit äußerer Dinge und die gegebenen Eigenthümlichkeiten der leiblichen und geistigen Bildung der Menschen selbst auferlegt werden. Gleichviel ob die Menschen damit zufrieden sind oder nicht, ihre jedesmalige Produktion wird durch den Betrag ihrer vorangegangenen Vermögens-Ansammlung begrenzt sein, und unter den hierdurch gegebenen Verhältnissen sich abmessen nach ihrer Energie, ihrer Geschicklichkeit, der Vollkommenheit ihrer Maschinen und ihrer umsichtigen Benützung der Vortheile kombinirter Arbeit. Gleichviel ob sie es gerne sehen oder nicht, ein doppelter Betrag von Nahrungsmitteln erzielen, wenn nicht in den Befahrungswissenschaften der Landwirtschaft Verbesserungen stattgefunden haben. Die Menschen mögen es nun gerne sehen oder nicht, die unproduktive Verausgabung durch Individuen wird stets dahin wirken, um so viel das Gemeinwesen ärmer zu machen, und dieses wird nur durch produktive Verausgabung bereichert werden. Die Meinungen oder Wünsche, welche über diese verschiedenen Gegenstände bestehen, haben auf die Dinge selbst keinen bestimmenden Einfluß. Wir sind freilich nicht im Stande voranzusehen, in welcher Ausdehnung die Arten der Produktion verändert, oder ihre Kräfte vermehrt werden können, mittelst künftiger Erweiterung unserer Kenntniß von den Naturgesetzen, wodurch neue industrielle Befahrungswissenschaften, von denen wir gegenwärtig keine Ahnung haben, hervorgerufen werden. Was jedoch auch immer unser Erfolg sein mag, und innerhalb der durch die gegebene Beschaffenheit der Dinge gesetzten Grenzen mehr Raum zu schaffen — die Grenzen selbst bleiben bestehen, es gibt hierfür schließliche Gesetze, die wir nicht gemacht haben, die wir auch nicht ändern können, denen wir uns lediglich zu fügen haben.

Wit der Vertheilung des Vermögens verhält es sich nicht so. Diese ist ganz allein das Werk menschlicher Anordnung. Wenn die Dinge einmal da sind, so können die Menschen, individuell oder in Gesammtheit, mit ihnen verfahren, wie sie es für gut finden. Sie können dieselben zur Verfügung eines Jeden stellen, wie es ihnen gefält, und unter beliebigen Bedingungen. Ferner kann in einem gesellschaftlichen Zustande, ja in jedem Zustande, mit Ausnahme einer völligen Einsamkeit, jegliche Verfügung über jene Dinge nur durch die allgemeine Zustimmung der Gesellschaft stattfinden. Selbst dasjenige, was eine Person allein durch ihre eigene Bemühung, ohne Beistand eines Anderen, hervorgebracht hat, kann sie nicht behalten, wenn es nicht der Wille der Gesellschaft ist, daß sie es behalten soll. Nicht nur kann die Gesellschaft selbst es ihr nehmen, sondern auch andere Individuen könnten und würden es ihr wegnehmen, wenn die Gesellschaft sich nur passiv verhielte, wenn diese nicht in ihrer Masse oder durch dieselbe angestellte und bezahlte Leute dazwischenkäme, um den Einzelnen gegen Störung in seinem Besitze zu schützen. Die Vertheilung des Vermögens hängt daher von den Gesetzen und Gewohnheiten der Gesellschaft ab. Die Regeln, wonach sie bestimmt wird, sind der Art, wie die Meinungen und Gesinnungen des Gemeinwesens sich gebildet haben, und sind in verschiedenen Zeiten und Ländern sehr verschieden; wenn die Menschen es wollten, so könnten sie selbst noch verschiedene sein.

Die Meinungen und Gesinnungen der Menschen sind unzweifelhaft nichts Zufälliges und Wechselndes; sie sind natürliche Folgen der fundamentalen Gesetze der menschlichen Natur und der Beschaffenheit des von uns bewohnten Planeten, durch lokale und sonstige Besonderheiten modifizirt. Die Gesetze der Entstehung menschlicher Meinungen gehören indess nicht zu unserer gegenwärtigen Aufgabe. Sie sind ein Theil der allgemeinen Theorie des menschlichen Fortschrittes, eines weit größeren und schwierigeren Untersuchungsgegenstandes, als die politische Oekonomie ist. Hier haben wir nicht die Ursachen, sondern die Folgen der Regeln, denen gemäß Vermögen vertheilt wird, zu betrachten. Diese Folgen sind jedenfalls eben so wenig willkürlich und haben eben so sehr den Charakter physikalischer Gesetze, wie die Gesetze der Produktion. Menschen können ihre eigenen Handlungen überwinden, aber nicht die natürlichen Folgen ihrer Handlungen, selbst nicht in Bezug auf ihre eigene Gesinnung. Die Gesellschaft kann die Vertheilung des Vermögens beliebig solchen Regeln unterwerfen, die sie für die besten hält; die praktischen Ergebnisse aber, welche aus der Wirksamkeit dieser Regeln hervorgehen werden, kann die Gesellschaft nicht bestimmen, sondern muß sich damit begnügen, sie kennen zu lernen.

Wir kommen also zur Betrachtung der verschiedenen Arten, welche in der Praxis Geltung gefunden haben, oder in der Theorie darüber aufgestellt werden können, wie der Ertrag des Bodens und der Arbeit vertheilt wird. Unter diesen wird unsere Aufmerksamkeit zuerst durch jene hauptsächlich und fundamentale Einrichtung in Anspruch genommen, worauf, abgesehen von einigen Ausnahmeweisen, und sehr eingeschränkten Fällen, die wirtschaftlichen Anordnungen der Gesellschaft immer beruht haben, obgleich sie in ihren sekundären Formen variiert hat und der Veränderlichkeit unterliegt. Ich meine natürlich die Einrichtung des individuellen Eigenthums.

§ 2. Das Privat-Eigenthum, als bestehende öffentliche Einrichtung, verdankt seinen Ursprung keiner von solchen Nützlichkeitserwägungen, welche für die Aufrechterhaltung einer einmal begründeten Einrichtung sprechen. Aus rohen Zeitaltern ist so viel hinlänglich bekannt, sowohl durch die Geschichte, als durch die entsprechenden Gesellschaftszustände unserer eigenen Zeit, um abzunehmen, daß Gerichtshöfe, welche stets früher da sind, als die Gesetze, ursprünglich zu dem Zweck eingesetzt worden sind, nicht um Rechte festzustellen, sondern um Gewaltthätigkeit zu unterdrücken und Streitigkeiten zu erledigen. Diesen Zweck hauptsächlich vor Augen, legten sie ganz natürlich der ersten Besitzergreifung eine gesetzliche Wirkung bei, indem sie diejenige Person, die zuerst durch Verdrängung eines

Anderen aus dem Besitze, oder um ihn zu verdrängen, Gewaltthätigkeit begann, als den Angreifer behandelte. Die Aufrechterhaltung des Friedens, die der ursprüngliche Zweck der Volksgesetzgebung war, ward so erreicht. Zugleich ward durch die Bestätigung dessen, was Jemand besaß, ohne daß es die Frucht persönlicher Anstrengung gewesen wäre, diesem und Anderen beifällig eine Garantie gewährt, daß sie in dem so gegebenen Besitzstande geschützt werden sollten.

Wenn man die bestehende Einrichtung des Eigenthums als eine Frage der sozialen Philosophie in Erwägung zieht, so muß man den thatsächlichen Ursprung desselben bei jeder der gegenwärtigen europäischen Nationen außer Betracht lassen. Man muß sich vielmehr ein Gemeinwesen vorstellen, das durch keinen vorangehenden Besitzzustand irgend gefestigt ist: einen Verein von Kolonisten z. B., die zum ersten Mal ein unbewohntes Land in Besitz nehmen, die nichts mit sich bringen, als was ihnen gemeinschaftlich gehört, und ein offenes Feld haben, um die ihnen am angemessensten erscheinenden Einrichtungen und Staatsverfassung anzunehmen, also ganz frei dastehen, um sich zu entscheiden, ob sie die Aufgabe der Produktion nach dem Prinzip des individuellen Eigenthums oder nach einem System eines gemeinsamen Eigenthums und vereiniger Tätigkeit lösen wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

— Soziale Gegensätze. Wie wir aus den Berliner Blättern ersehen, hat Herr Borzig „wegen ungenügender Aufträge“ die Arbeitszeit in seinen „Etablissements“ von 9 auf 6 Stunden herabgesetzt, natürlich mit entsprechender Lohnherabsetzung. Wie die Arbeiter, die schon vorher nichts „sparen“ konnten, jetzt auskommen werden, das wissen die Götter. Herr Borzig wird sich keine grauen Haare drum wachsen lassen. Er süßt nicht die schwere Zeit. Wägen wir es nicht, so würden dieselben Berliner Blätter es uns sagen, die da berichten, Herr Commerzienrath Borzig lasse ein neues Palais bauen. Die beiden Thatfachen nebeneinander gestellt, geben ein wahrhaft klassisches Bild unserer heutigen Gesellschaftszustände.

— Der Schwindel regiert die Welt, d. h. die heutige kapitalistische Welt. Hier nur einen Beleg von unzähligen, mit denen wir aufwarten könnten. Die „Börsliche Zeitung“ läßt sich aus Wien schreiben:

„Gestern fand hier eine hochinteressante Versammlung statt, deren Fortsetzung aller Wahrscheinlichkeit nach im Gerichtssaal vor sich gehen wird. Es handelt sich um eine stattliche Anzahl kleiner Dienstheime oder mit anderen Worten: um eine Anzahl Wiener Bauunternehmer, welche systematisch die Bauforderungen, meistens mittlere Gewerbetreibende, um verhältnismäßig große Summen beschwindelten. Der Vorgang dabei ist folgender: Die Bauunternehmer nehmen von „Privat-Geldgebern“ Geld zum Bauen auf, lassen sich von den Gewerbetreibenden die notwendigen Materialien u. liefern, und wenn dann der Bau nahezu fertig ist, kommt der „Geldgeber“, läßt bei dem Bauunternehmer die Relation vornehmen, und der Zimmermeister, Tischler, Schlosser, der Kalfbrenner und der Ziegelfabrikant, sie alle haben das leere Nachsehen. Die Summen, um welche die vielen Gewerbetreibenden in den einzelnen Fällen betrogen wurden, belaufen sich auf je 2000 bis über 30,000 Gulden. Der vor jetzigen Versammlung vor alle Beschädigten ward die Liste der pfiffigen Bauunternehmer verlesen und mit neuen Namen vervollständigt, man entwarf weitere Beszeichnisse und einigte sich über das Vorgehen gegen die sauberen „Unternehmer“. Heute befindet sich bereits das Verzeichniß in den Händen der Staatsanwaltschaft, welche die Betrogenen zur weiteren Sammlung von Daten aufgefordert und die ganze Schwindelaffaire energisch in die Hand genommen hat. Hoffentlich ist unsere Staatsanwaltschaft mit den kleinen Unternehmern glücklicher, als sie es mit dem „König der Unternehmer“ war.“

Hoffentlich? — Wir zweifeln daran. Ist es dem General-Schwindler Offenheim gelungen, die Geschworenen zu überzeugen, daß man mit moralischen Grundsätzen keine Eisenbahnen baut, warum sollte es den Schwindlern im Kleinen nicht auch gelingen, den Nachweis zu führen, daß der Schwindel, um zu dem, den sorglosen Lebensunterhalt bedenkenden Schulze'schen „Entbehrungslohn“ zu gelangen, eine Nothwendigkeit, mithin eine Tugend sei? Oder sollte sich auch hier das Sprichwort bewahrheiten: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen?“

— Die Mahnung an die Arbeiter, sich zu organisiren, kann nicht häufig genug wiederholt werden. Ist schon der einzelne Arbeitgeber, mag er 10, 100 oder 1000 Arbeiter beschäftigen, an sich gleichsam als eine verborgene Koalition zu betrachten, da ihm zum Unterschiede von den Arbeitern unzählige Rachmittel zu Gebote stehen, um seinen Willen gegenüber den Arbeitern zur Geltung zu bringen, so ist jeder Arbeitgeber doppelt mächtig, wenn er in Verbindung tritt mit anderen Arbeitgebern. Eine solche Verbindung von Arbeitgebern hat sich dieser Tage für die Stadt Braunschweig und Umgegend gebildet. Der „Braunschweiger Volksfreund“ ist in der Lage, das Statut dieses „gemeinnützigen“ Arbeitgebervereins veröffentlicht zu können; wir wollen zu Ruhm und Frommen der Arbeiter nur zwei Paragraphen aus demselben citiren:

„§ 1. Zweck des Vereins ist ein gemeinsames Wirken in der Arbeiterfrage.“

„§ 9. Jedes Mitglied verpflichtet sich, Arbeiter aus einem dem Vereine angehörenden Etablissement innerhalb der nächsten 4 Wochen nach deren Austritte aus jenem nur dann aufzunehmen, wenn sie einen den ordnungsmäßigen Austritt bezeugenden Arbeitschein vorzeigen. Schemata für solche Arbeitscheine werden von dem Vorstande den Mitgliedern geliefert und mit dem Vereinsstempel versehen. Findet ein Arbeiter unter Verleugnung des nicht ordnungsmäßigen Austrittes aus dem Etablissement eines Vereinsmitgliedes bei einem anderen Vereinsmitgliede Aufnahme, so ist letzteres verpflichtet, auf Anfordern irgend eines Vereinsmitgliedes vermittelst recommandirten Briefes den Arbeiter binnen 24 Stunden zu entlassen.“

Wir brauchen nicht erst zu wiederholen, daß das einzige Mittel für die Arbeiter, sich des Druckes der Arbeitgeber zu erwehren, die Organisation ist, und in diesem Falle, wo es sich lediglich um die sozialen Gegensätze handelt, ist die gewerkschaftliche Organisation die tauglichste. Je mehr Arbeiter in den Kreis der gewerkschaftlichen Organisation eintreten, je weniger empfindlich wird der einzelne Arbeiter unter dem Drucke der Kapitalmacht zu leiden haben. Als Klasse freilich bleiben die Arbeiter nach wie vor die Unterdrückten und Ausgebeuteten, d. h. so lange die kapitalistische Privatproduktion besteht.

Nach dem Todmarschieren das Todmanöver. Die diesjährigen Herbstmanöver haben, so melden die Zeitungen, ungewöhnlich viel Opfer gekostet. Wer unterfährt sich darüber zu murren? Die Manöver sind notwendig, und daß Soldaten dabei todtstrapaziert, todtgeschossen, überritten und auf sonstige Weise ins Jenseits oder ins Hospital befördert werden, läßt sich nicht vermeiden, ist also auch notwendig und ergo vernünftig. Gibt's einen Zivilisten oder gar Soldaten, der's nicht glaubt? Hört nur die höchsten Autoritäten: „Der Soldat muß auch im Frieden dem Staate Gesundheit und Leben zur Verfügung stellen“ sagte der große (Nicht-)Schweizer Kolke gelegentlich der Debatte über den Dunkelarrest. Und noch drastischer und deutlicher drückte sich der Gründer der preussischen Blut- und Eisenpolitik, der „große“ Friedrich aus, welcher beim Sturm auf eine Batterie seinen Soldaten, als diese nicht den gehörigen Eifer bewiesen, sich zu Kanonenfutter und ihn zum berühmten Feldherrn zu machen, das königliche Wort zurief: „Ihr Kacker, wollt Ihr denn ewig leben?“

Staatsretterei auf dem Friedhofe. Aus Meerane schreibt man dem „Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“: Der neue Friedhof mit dem Kriegerdenkmal, alswa am heiligen Sebandstage der reichsfreundliche Diaconus Bösch unter freiem Himmel einen soenannten Festgottesdienst abhielt, kostete der Stadt allein über 30,000 Thaler, und doch scheint es, als ob unsere Commune gar kein Eigenthumsrecht daran hätte. Gestern Nachmittag hatten sich zum Begräbniß der dahingegangenen Gattin unseres Parteigenossen, des Wustfiktors H. Stolle, sehr viele Leidtragende eingefunden, und sonst waren sehr viele Zuschauer anwesend, weil man wußte, daß es der Frau eines Dissidenten die letzte Ehre zu erweisen galt. Doch Vorsicht ist die Mutter der Weisheit, und Angesichts des vielen Volkes handelte unsere tolerante (?) evangelische Geistlichkeit sehr vorsichtig und weise, und dieweil der Bruder des trauernden Gatten, der Gärtner Stolle aus Crimmitschau, gleichfalls anwesend war, so erschien denn bald als Abgeordneter des Diaconus Bösch der Kirchen Thimotes Jordan und erklärte, daß an diesem Grabe eine Rede nicht gehalten werden dürfe. Hierauf erschien wieder der Advokat Speck im Namen des Kirchenvorstandes und forberte die Musikanten, die sich mit den Instrumenten freiwillig eingefunden hatten, um ihrem Direktor zu Liebe, der Verstorbenen beim Einsinken in die Erde noch einige Trauermelodien zu spielen, auf den Friedhof zu verlassen, da das Blasen hier nicht erlaubt werde. Alles Parlamentiren half nichts und die so Bewiesenen gingen hinaus, wo sie der Wachspruch des Kirchenvorstandes nicht mehr hinderte, stellten sich außerhalb der Mauer am Eingange auf und sündigten gegen das Verbot, indem sie doch noch thaten, was sie nicht lassen konnten. Hätten die Mitglieder des Sängerklobes vom Arbeiterverein „Jacquard“, die sich ebenfalls eingefunden hatten, und deren Lehrer H. Stolle ist, zum Singen Instrumente bei sich getragen, so wären jedenfalls auch sie hinausgewiesen worden, so aber ließ man dieselben gewähren und störte sie nicht. Selbst das Leichentuch soll der Diaconus der Dissidenten nicht gern vergönnt haben, und doch mußte die Grabstelle nebst Leichentuch mit 1 Mark und 83 Pfennigen bezahlt werden. Also geschehen im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte im Jahre des Heils 1875.

Das Göschener Gemügel erscheint immer mehr in seinem wahren Charakter, als absichtliche, geplante Arbeiterschlächtere. Natürlich sucht die „gutgesinnte“ Presse diese häßliche Thatsache zu verdecken, indess auch aus diesen Darstellungen drängt sich die Wahrheit hervor. So lesen wir z. B. in der „Kölnischen Zeitung“ vom 16. d.:

Bern, 14. Sept. Nachträglichem Vernehmen zufolge sind dem Bundesrathe die Untersuchungsakten, betreffend den Göschener Gotthardtunnel-Arbeiterumult, vergangene Woche von einer Delegation der Urner Regierung überbracht und sofort von dem eidgenössischen Justiz- und Polizei-Departement einer genauen Prüfung unterworfen worden, als deren Resultat sich die Ueberzeugung ergab, daß der Urner Untersuchungsrichter jenen Vorfall allerdings nur nach einer Seite hin untersucht hat. (Was nicht anders zu erwarten, da ein Mißthätiger nun einmal zur Untersuchung eines Verbrechens sich nicht eignet. Der Correspondent der vornehmen Kölnerin versteht übrigens, sich sehr zart auszudrücken, wie aus der ganzen Correspondenz hervorgeht, und doch, welches Licht wird auf die Mörder der erschossenen Arbeiter geworfen!) Der nach Göschener einjanrige eidgenössische Commissar, Ständerath Hold, wird die Untersuchung jetzt in der Weise zu vervollständigen haben, daß er nicht nur den Thatbestand des traurigen (also doch) Vorfalles vom 28. Juli, wie es die Urner Regierung nur gethan, sondern auch die Ursachen (!!), welche ihn herbeigeführt haben und das Verhalten der Behörden, d. h. die von ihnen getroffenen Maßregeln zur Unterdrückung (!) des Tumults, nach Gerechtigkeit und Billigkeit ohne Rücksicht nach oben oder unten (was sehr zu wünschen ist) in das rechte Licht setzt; vor allem aber wird aufzuklären sein, ob die Behauptung, es sei auf die Arbeiter ohne Commando und aus Häusern und hinter Hecken hervor geschossen, auf Wahrheit beruht. Der Umstand, daß die Urner Regierung Leute für die Unterdrückung des Arbeiteraufstandes (aus Tumult wird im Handumdrehen „Aufstand“) mit 5 Francs täglich anwerben (richtiger zum Norden dingen) mußte (?), weil die zu diesem Zwecke (!) ausgebotenen Willigen keine Folge leisteten, wofür sie jetzt mit 100 Francs Strafe belegt sind (der Tagelohn für das Morden stellt sich somit viel niedriger als die Strafe für die Weigerung, seine Mitmenschen todtzuschießen), läßt leider auch dies nicht als unmöglich erscheinen.“

So der Correspondent der „Kölnischen Zeitung“. Wie zart der liberale reichsfreundliche Herr aus Sympathie und Rücksicht für die ultramontane Urner Regierung auszudrücken bemüht ist: es sind ja bloß Arbeiter, denen ein „Unglücksfall“ zugestoßen ist! Und doch geht aus der Correspondenz genugsam hervor, wie die heilige Ordnung der heutigen Gesellschaft und mit welchen Mitteln sie gestützt worden ist: Mit gedungenen Mördern à 5 Francs pro Tag!

Der in Reichenberg in Böhmen erscheinende „Arbeiterfreund“ enthält folgenden Aufruf:

„Genossen! Jedem von Euch wird es bekannt sein, daß mehrere unserer Genossen aus diesem oder jenem politischen Grunde eingesperrt sind. Den Inhaftirten, beziehungsweise deren Familien, das schwere Loos zu erleichtern, ist Pflicht eines jeden Gesinnungsgenossen.“

Wie wir einem, in der „Gleichheit“ erschienenen Aufrufe entnehmen, sind die einlaufenden Beiträge unzulänglich und werden es in nächster Zeit, da die Unkosten durch die in Aussicht stehenden Prozesse vermehrt werden, noch mehr sein.

Es befinden sich derzeit in Prag neun, in Brünn zwölf und in Wien ein Genosse in Haft.

Von diesen zweiundzwanzig inhaftirten Genossen haben mehrere sehr bedürftige Familien, welche, da sie der Ernährer beraubt sind, bitteren Mangel leiden müssen.

Das Wiener Unterstützungscomitè ist nicht in der Lage, die sich stets mehrenden Auslagen zu bestreiten, weil es fortwährend Beiträge an Inhaftirte und ausgewiesene Genossen zu leisten, sowie Projektkosten zu bestreiten hat.

Die wöchentlichen Erfordernisse aller drei Comitès belaufen sich auf mindestens hundert Gulden. So viel muß aufgebracht werden, sollen unsere Inhaftirten und deren Familien nicht darben.

Wir forbern daher die Genossen allerorts auf, die Sammlungen nach Möglichkeit zu betreiben.

Wir sind überzeugt, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallen wird, daß die nach Verbesserung ihrer Lage ringenden Arbeiter sich ihrer Vorkämpfer und deren Familien, welche schwer leiden müssen, erinnern und dieselben nach Möglichkeit unterstützen werden.

Die Parteigenossen in Böhmen, Mähren und Schlesien wollen etwaige Unterstützungen an das Comitè (Adresse: Joh. Straßni, Franz-Josefstraße Nr. 82, Brünn) absenden.

Da auch in Wien und Graz derartige Unterstützungs-Comitès bestehen, werden sich dieselben gegenseitig unterstützen, und diejenigen Comitès, welche über Bedarf Mittel erhalten werden, den etwaigen Ueberschuß übermitteln.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter des In- und Auslandes, besonders aber die „Arbeiter-Wochen-Chronik“ in Pest, werden freundlichst ersucht, von diesem Aufrufe Notiz zu nehmen; es gilt die Pinderung der Noth unserer Inhaftirten resp. deren Familien und, wie viele Tropfen einen Bach bilden, ebenso bilden viele kleine Gaben eine Summe. Also, Arbeiter, da ihr Verständnis für die Lage der Inhaftirten habt, herbei, und Euer Schürfslein beigetragen!

Die „Arbeiter-Wochen-Chronik“ ersuchen wir, unter den ungarländischen Brüdern, welche gegenwärtig keine Inhaftirten haben, zu agitiren und alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit das schwere Loos, welches unsere Genossen zu tragen haben, gemildert werde. Nachmals: Bedenkt der Inhaftirten und deren Familien!!

Beiträge nehmen entgegen die Genossen: Ant. Klödel und Benzjel Groß; die eingelaufenen Beträge werden im „Arbeiterfreund“ ausgewiesen werden.“

Zur Statistik des Elendes schreibt die „Gleichheit“: „Im Wiener Asyl für Obdachlose verkehrten im Monat Juli, im Frauenasyl: 2123 Frauen und 363 Kinder, im Männerasyl: 4833 Männer und 53 Knaben. Verabreicht wurden 14,640 Einbremsuppen und die dazu gehörende Damentität Brod. Taufende von Wohnungen stehen leer und alle Speicher sind gefüllt. Das Volk aber hat kein Obdach und keine Nahrung — herrliche Gesellschaft.“

Was die in derartigen „Asylen“ verabreichten Nahrungsmittel betrifft, so sind sie nur zu häufig für Hunde zu schlecht. Ist doch von „unseren Volksgenossen“, die auf einer weit höheren Stufe stehen, neulich auf dem Congreß des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege der Beweis geliefert worden, daß die in ihnen verabreichte Kost keine genügende Nahrung ist, weil sie nicht die zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit nöthigen Nährstoffe enthält.

Unsere vielgerühmte „Kultur“ wird trefflich illustriert durch ein Gesetz, welches vor Kurzem in den „Bereinigten Staaten von Nordamerika“ erlassen wurde, und aus dem wir nachstehend zwei Paragraphen mittheilen:

Section 3. Die Einföhrung von Weibern nach den Vereinigten Staaten zu Prostitutionszwecken ist absolut verboten, und alle hierauf bezüglichen Kontrakte sind ungültig. Wer wissentlich solche Weibspersonen zu solchen Zwecken nach den Vereinigten Staaten bringt oder kommen läßt, oder wer immer solche Weibspersonen in Ausführung vorhergegangener ungesetzlicher Importation für solche Zwecke anstellt, macht sich eines Vergehens (felony) schuldig und kann zu fünf Jahren Gefangenschaft und zu fünftausend Dollars Geldstrafe verurtheilt werden.

Section 5. Den Ausländern, welche in ihrem Geburtslande wegen eines peinlichen Verbrechens, mit Ausnahme eines politischen, verurtheilt worden sind, oder denen ihre Strafe unter der Bedingung der Auswanderung erlassen worden ist, sowie Frauenzimmer, die zu Prostitutionszwecken eingeföhrt werden, ist die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten gänzlich verboten. Jedes in einem Hafen der Vereinigten Staaten landende Schiff kann unter Direktion des betreffenden Hafenkollektors inspiziert werden, sofern dieser Gründe hat, anzunehmen, daß sich solche Personen an Bord des Schiffes befinden, und der betreffende Inspektionsbeamte soll dem Schiffsführer die verdächtigen Personen anzeigen und sich mit ihm ins Vernehmen setzen. Während der Durchsichtigung darf kein Ausländer ohne Erlaubniß das Schiff verlassen, und die von Inspektoren als Uebertreter dieses Gesetzes ausfindig gemachten Personen dürfen in keinem Fall, außer, um beim Prozeß zu erscheinen, den Boden der Vereinigten Staaten betreten. Im Falle eine solche Person sich über die Beschuldigung eines Inspektionsbeamten beschwert, mag sie sich an ein geeignetes Gericht wenden, und dann ist es die Pflicht des Hafenkollektors, das betreffende Schiff bis zum Austrag der Sache im Hafen zurückzuhalten. Wird das Vergehen des Inspektors gutgeheißen, so sollen die beschuldigten Personen an Bord des Schiffes zurückgebracht werden, und es soll ihnen nicht mehr gestattet sein, das Land der Vereinigten Staaten zu betreten, es sei denn, daß der Schiffsführer oder Eigentümer des Schiffes für jede solche Person 500 Doll. Bürgschaft leistet, welche Summe für die Befreiung der betreffenden Person innerhalb 6 Monaten bestimmt ist. Für alle Verletzungen dieses Gesetzes sind die Schiffseigenthümer u. in ähnlicher Weise haftbar, wie im Falle eines Betrugs, verübt gegen die Zollgesetze.“

Also die Vereinigten Staaten müssen förmliche Schutzmaßregeln gegen die Einföhrung von Prostituirten und Hallunken aller Art aus den Musterstaaten des civilisirten Europa ergreifen. Namentlich aus Deutschland, das nicht bloß in puncto des schäblichsten Menschenhandels, an der Spitze der Civilisation marschirt, sondern auch seit Jahrzehnten die originelle Praxis eingeföhrt hat, verurtheilte Verbrecher zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten zu „begnadigen“. Sehr natürlich, daß die amerikanische Republik sich das monarchische Lumpenfestel vom Hals zu halten sucht!

Correspondenzen.

Leipzig, 20. September. In dem letzten Bericht aus Leipzig in Sachen der Landtagswahl hat sich ein Irrthum eingeschlichen.

Die Polizei kostet uns nicht über einmahlhunderttausend Mark — das wäre billig — sondern über viermahlhunderttausend!

Leipzig. Auf einen bekannten Namenlosen (nomenlos, weil er das Recht auf seinen Namen verwirft hat) zirkuliren hier folgende Reime:

Der Student der unveräußerlichen Menschenrechte!

Habt Ihr vernommen, wer es war? — O, sagt, Wer Bütteln gleich, mit hochgeschwung'nem Steden Im Schutze der Polizeischaar gewagt, Die Politik der Feigheit aufjubelten? —

Wer war's, der selbst ein Kind des Proletar, Mit frechen Blicken Alle abgemessen, Von deren Gleichen er so manches Jahr Aus voller Schüssel sich hat sattgeessen! —

Wer war's, der jenes erste Mannesrecht Verhöhn't, — um das der Vater mitgeblatet — Und eiferfüchtig auf den Fensterstecht Des freien Wortes, neulich es geknuttet?

Wer war's, der nach dem ärmlichen Gewand Den Werth des Mannes wagte abzuschätzen, Der off'ner Stirne und mit eig'ner Hand Und das Versammlungsrecht zerrig in Fetzen? —

Er war's, der heut' sich zur Gewalt bekennt, So, wie dereinst zum freieren Geschlechte; Heut bringt dem Volk den Knüttel — der Student Der unveräußerlichen Menschenrechte!

Er war's! Doch seinen Namen können wir, Weil er ihn längst verlor, auch heut nicht nennen; Die Nachwelt wird ihn, als der Büttel Zier Mit angebranntem „Meno tekel“ nennen! —

Glück auf den Weg Herr Doktor, Studio Der Menschenrechte, grüßt uns Euren Hampen! Wir legen Euer Rärtchen, comme il faut, Ja besser Wandlung längst schon in die Lumpen. Refop.

Bildesheim, 17. September. Parteigenossen! Wiederum sehen wir am Ende eines neuen Quartals; jetzt könnt Ihr zeigen, wie sehr Ihr begriffen habt, daß es die Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, für die weiteste Verbreitung der sozialistischen Presse Sorge zu tragen! Wir dürfen nicht bloß singen: „Nicht zählen wir den Feind“, sondern es muß auch danach gehandelt werden. Es muß ein Jeder mit ganzer Kraft danach streben, die gegnerischen Blätter immer mehr aus den Häuten der Arbeiter zu verdrängen. Das ist sehr leicht, wenn sich ein Jeder nur die Aufgabe stellt, wenigstens einen neuen Abonnenten zu gewinnen. Jetzt gilt es, zu zeigen, daß wir Willens sind, mit aller Macht den sozialistischen Ideen Eingang zu verschaffen. Unser Wahlspruch sei: Durch Kampf zum Sieg! Drum frisch ans Werk! Von Neuem abonnire ein Jeder und Sorge für die weiteste Verbreitung unserer Parteiblätter. Unterzeichnet ist gern bereit, für hiesigen Ort neue Abonnements entgegen zu nehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß J. Dhen.

Meerane, 14. September. Die Landtagswahl. Wieder brachte ein politischer Act fast alle Gemüther in Bewegung, namentlich dadurch, daß die Befehlsgewalt einen Wahlausgang geschaffen hat, der es nur den Vermittelten möglich macht, ihre Stimme zur Landtagswahl abzugeben. Und doch war es ein allgemeines Verlangen der Meeraner Arbeiter, diesmal mitzuwählen, das bewies die erste Volksversammlung im „Bairischen Hof“, in der unser Reichsbote Debel seine Candidatenrede hielt. Nahe an 2000 Männer mochten anwesend sein, die den anderthalbstündigen Vortrag anhörten, mit den Ausführungen desselben voll und ganz übereinstimmten und beschloßen, mit allen Kräften für Debel's Wahl einzutreten. Leider war es nicht möglich, unseren Candidaten durchzubringen. Die Liberalität in den Wahlkisten war eine so grenzenlose, daß ganze Reihen Häuser, welche schon viele Jahre bewohnt sind, nicht mit einzetragten waren; mehr denn 200 Wähler, welche ihre Stimme abgeben wollten, waren nicht in der Liste aufzufinden. Zwar hat man zum Schein — ich sage zum Schein — die größten Geschäftsleute, welche die größten Fabriken in Meerane beherrschen, nicht mit in der Liste aufgeführt, so auch den und jenen auffälligen Namen unserer Gegner wegzulassen — die übergroße Zahl der Fehlenden betraf unsere Gesinnungsgenossen. Ein achtbarer Bürger, welcher sich die Freiheit nahm, die Namen derjenigen aufzuschreiben, welche nicht in der Liste standen, hatte in kurzer Zeit 31 Wähler aufgezählt. Er wurde deshalb aber zur Rede gestellt und schließlich durch den Polizeidiener aus dem Wahllokal entfernt. — Es lagen aber so wichtige Klagenpunkte vor, daß genannter Bürger, Chemiker Meister, sich auf das Amt begab und die Forderung stellte, den Wahlausgang sammt dem Vortreiber zu verhaften; da aber zu dieser Zeit die dritte Stunde Nachmittags zu Ende ging, erklärte der Amtmann, daß es wohl zu spät sei, und daß er der hohen Strafe halber, welche es einschleße, sich nicht für kompetent halte, diesen Akt auszuführen. Der Antrag wurde jedoch zu Protokoll genommen und an die Staatsanwaltschaft abgegeben. — Weiter waren in den verschiedenen mechanischen Webefabriken sämmtliche angestellten Leute, welche zwei Thaler und noch mehr Sowerbesteuer zahlen, nicht in der Liste aufgeführt. Nun sollte man meinen, es liegt doch die Schuld an den Wählern selbst, warum haben sie die Liste nicht eingesehen? Aber da passirte wieder etwas, was nur in Meerane vorkommen kann. Die zweite amtliche Bekanntmachung, welche im Amtsblatt erschien und worin aufgefordert wurde, die Listen einzusehen, kam spähkhafter Weise zur Welt, als der Termin schon 24 Stunden überschritten war. Wie soll man diese Wirthschaft nennen? O, ich wüßte einen Namen! Aber weiter! Unsere Gegner, die Nationalliberalen, die wahrhaftig im Verächtlichen etwas loshaben, und die auf die schamloseste Weise in ihren Schmutzblättern gegen uns zu Felde ziehen und feige genug sind, uns nicht in öffentlicher Versammlung niederzulegen zu bereiten; denn von 939 Stimmen erhielt Debel 409, Penzig 530, der Conservative nur 18 Stimmen, im ganzen Wahlbezirk erhielt Debel 694, Penzig 899, eine Majorität von 205 Stimmen. — Penzig erhielt vor drei Jahren im ganzen Wahlbezirk nur 195 Stimmen.!

Weitere Betrachtungen werden folgen; die Wahl wird natürlich angefochten.

Mit sozialdemokratischem Gruß Franz Refsch, Martinstraße 85 b.

Meerane. Am 15. September tagte hier eine Versammlung der Bauhandwerker; Herr Kappler aus Coburg referierte über die Vereinigung der Maurer und Steinhauer und die Trennung der Zimmerer; dann über Krankenkassen-Wesen, über den Bund der deutschen Baumeister und über das Haftpflicht-Gesetz.

Berlin, 18. September. (Berichtigung.) In Nr. 105 des reaktionellen Theils Ihres Blattes, der „Volkstaat“, befindet sich unter Berlin folgende Notiz: „Alle Böttcher (Küper, Schäffler) der Vereins-Fabrik in Berlin, Köpplerstr. 24, haben am 7. Sept. d. J. die Arbeit niedergelegt, gezwungen durch die Wortbrüchigkeit ihrer Arbeitgeber. Zuzug ist strengstens fern zu halten. Abdruck dieser Notiz durch die Parteiblätter selbstverständlich erbeten.“ Diese Darstellung ist unrichtig, und ersuchen wir Sie mit Bezug auf § 11 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874 folgende Berichtigung in Ihr Blatt gest. anzunehmen:

„In Nr. 105 des „Volkstaat“ ist mitgetheilt, daß die sämtlichen Böttcher unserer Fabrik durch die Wortbrüchigkeit ihrer Arbeitgeber gezwungen gewesen seien, unterm 7. d. Mts. die Arbeit niederzulegen. Diese Mittheilung ist unrichtig. Unsere Arbeiter verlangten allerdings von uns die Erhöhung der Accord-Lohnsätze um 10% und haben wir uns, nach vorangegangener Verhandlung, nur veranlaßt sehen können, eine Erhöhung um ca. 5% zuzusagen. Als aber trotzdem die Arbeiter bei ihrer Forderung von 10% verharrten, haben wir allerdings den gesamten Betrieb eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen müssen. — Der größte Theil derselben hat aber nach kaum 2 Tagen wieder um Arbeit, welche wir ihnen auch, mit Ausnahme der Hauptabfuhrer, die ebenfalls wieder um Arbeit nachsuchten, auch gewährt haben. Dies die wahren Thatfachen, und ersuchen wir alle Blätter, welche die vorstehende Notiz ebenfalls in ihre Spalten aufgenommen haben, auch um gefällige Annahme dieser Berichtigung.“

Die verehrte Redaktion ersuchen wir gleichzeitig ergebenst, uns den Einsender zu. Notiz gefälligst namhaft zu machen, damit wir gegen denselben weiter vorgehen können und empfehlen uns

Hochachtungsvoll
Berein für Fassfabrikation.“
Dieser „Berichtigung“ haben wir hinzuzufügen, daß, wie uns mitgetheilt wurde, die Herren Fabrikanten zur Zeit des flauen Geschäftsganges eine 10prozentige Lohnverkürzung hatten eintreten lassen, unter dem Versprechen, mit der wiederkehrenden Prosperität die alten unverkürzten Löhne wieder bezahlen zu wollen. Wie dies Versprechen gehalten wurde, lehrt diese sogenannte Berichtigung.

Den Einsender jener Notiz werden wir natürlich nicht namhaft machen, da wir die Maßregelungsgelüste der Herren nicht zu unterstützen gedenken.
R. d. B.

Saalfeld. (Gründung einer Mitgliedschaft des Maurer- und Steinhauerbundes. — Ein liberaler Bürgermeister und die Prügelstrafe.) Am 13. d. Mts. erschien Herr Kappler aus Coburg in unserer Mitte; leider konnte derselbe nur vor einer ziemlich mäßig besuchten Versammlung sprechen, da die Einladung zu spät und in mangelhafter Weise hatte erfolgen können. Dennoch bildete sich sofort eine Mitgliedschaft des Maurer- und Steinhauerbundes, indem vorläufig 12 Mann zu gemeinsamem Wirken zusammentraten. Bei einer nur einigermaßen eifrigen Agitation wird sich diese Mitgliedschaft bald erheblich vergrößern. — Bei Gelegenheit dieser Mittheilung will ich ein sauberes Stückchen unseres liberalen Bürgermeisters, Freisoldt ist sein Name, erzählen. Der sehr achtbare Herr drohte einem Arbeiter, der ohne vorher zu kündigen, seine Arbeit verlassen hatte — dem Schlosser Schneppe aus Staßfurt — mit 25 Pfenden und bestrafte ihn mit 10 Mark oder 10 Tagen Gefängniß. Dabei schien dem Herrn Bürgermeister die Sache so eilig, daß er sofortige Bezahlung verlangte, wenn nicht augenblickliche Verhaftung erfolgen sollte. Ich fragte nun: wie kann ein Bürgermeister auf eigene Faust die Prügelstrafe wieder einführen wollen? Für uns sind derartige Vorfälle, die den Arbeitern betreffen der Humanität und Arbeiterfreundlichkeit der höheren Stände die Augen öffnen, nur vortheilhaft! Darum — nur so weiter, ihr Herren! Schwingt den Knüttel, wie der kleine Schwapfaster im Reichstage, recht oft und aller Welt sichtbar um euer Haupt — feiert z. B. eure Nationalfeste, wenn ihr wollt, dadurch, daß ihr alle Reichsfeinde, die dabei nicht mitspielen wollen, gründlich durchwalzt; thut, mit einem Worte, euren Gefühlen gar keinen Zwang an; dann arbeitet ihr so recht für uns!
H. R.

Selenau, 8. Sept. Nach langer, mehrjähriger Pause konnten auch wir wieder daran denken, eine Volkversammlung abzuhalten. Zwar belamen wir dazu keinen größeren Saal, der uns allerdings zugesagt, aber, wie böse Zunge behaupten, auf Anstiften unserer liberalen Musterfabrikanten sofort wieder gekündigt wurde. Wir nahmen unsere Zuflucht zu einer Restauration, deren beide Zimmer, Küche, Vorplatz, sammt dem Raume vor dem Hause dicht gefüllt waren. Biemer aus Gernitz referierte in mehrstündiger Rede über das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Er legte klar, was wir wollen, er wies die Anschuldigungen der Gegner zurück, die von dem Sozialismus das gerade Gegenteil behaupten, ihm Ideen andichten, an die noch Keiner, der sich Sozialist nennt, jemals gedacht hat. Die Grundzüge der der Redner entwickelte, hatten sich auch des vollsten Beifalles der Versammlung zu erfreuen. Selber war die Temperatur wegen der überfüllten Lokalitäten derartig, daß wir den zweiten Punkt von der Tagesordnung absetzen mußten. Die große Hitze trieb den Anwesenden den Schweiß in Strömen aus allen Poren und mußten wir nach 10 Uhr schließen.

Dortmund. Zur Lage der westphälischen Bergarbeiter. II. Der Zweck des Knappschafs-Bereins, welcher seit 1. Oktober 1873 in Kraft ist, ist im Ganzen derselbe wie in Sachsen und anderen Bezirken. Hier einige Details. Die activen Mitglieder des Vereins werden in 3 Klassen getheilt. Zur 3. Klasse*) gehören alle Arbeiter, welche dem Knappschafs-Berein angehören müssen. Zum Aufsteigen in die 2. Klasse ist derjenige Arbeiter geeignet, welcher 1) zwei Jahre der 3. Klasse angehört hat und nicht Bergarbeit verrichtet hat und 2) nicht unter 18 und nicht über 38 Jahre alt ist. In die 1. Klasse kann Derjenige gelangen, welcher 1) zwei Jahre der 2. Klasse angehört und ohne selbstschuldete Unterbrechungen Bergarbeit verrichtet hat, 2) nicht unter 24 und nicht über 40 Jahre alt und ärztlich gesund befunden ist u. s. w. Die Beiträge der activen Mitglieder betragen: a) für Beamte der 1. Abtheilung 1 Thlr. 15 Sgr. monatlich, b) für Beamte der 2. Abtheilung 1 Thlr. monatlich, c) für Arbeiter der 1. Klasse 25 Sgr. monatlich, d) für Arbeiter der 2. Klasse 20 Sgr. monatlich, e) für Arbeiter der 3. Klasse 15 Sgr. monatlich. Die Mitglieder der 1. und 2. Klasse entrichten ihre Beiträge so lange sie dem Verein als active Mitglieder angehören.

Die Mitglieder der 3. Klasse sind nur während der Dauer ihrer Arbeit zu Beiträgen verpflichtet. Die Beiträge werden stets nach vollen Monatsbeiträgen berechnet.

Krankengeld wird gewährt im Falle der Beschädigung in der Bergarbeit auf die Dauer von 24 Wochen, in sonstigen Krankheitsfällen 12 Wochen.

Das Krankengeld beträgt:
a) für die Beamten der I. Abtheilung 27 Sgr. täglich,
b) „ „ „ II. „ 18 „ „ „
c) „ „ „ Arbeiter „ I. Klasse 15 „ „ „
d) „ „ „ „ II. „ 12 „ „ „
e) „ „ „ „ III. „ 9 „ „ „
Nach 24 Wochen Krankheitsdauer tritt Invaldität ein.

Begräbniskosten:
a) für die Beamten der I. Abtheilung 30 Thaler
b) „ „ „ II. „ 20 „ „ „
c) „ „ „ Arbeiter „ I. Klasse 16 1/2 „ „ „
d) „ „ „ „ II. „ 13 1/2 „ „ „
e) „ „ „ „ III. „ 10 „ „ „
Gewöhnliches Invalidengeld wird jährlich gezahlt bei einer Dienstzeit von:

über	Jahre	Beamte:	
		I. und II. Abthl.	Thlr.
über 5—10	Jahre	99	66
„ 15—20	„	126	84
„ 20—25	„	144	96
„ 30—35	„	198	132
„ 40—45	„	270	180
„ 45	„	324	216

über	Jahre	Arbeiter:		
		I.	II. und III. Klasse.	Thlr.
über 5—10	Jahre	50	40	—
„ 15—20	„	70	56	42
„ 20—25	„	80	64	48
„ 30—35	„	110	88	66
„ 40—45	„	150	120	90
„ 45	„	180	144	108

Erhöhtes Invalidengeld wird gezahlt, wenn die Invaldität in Folge einer Beschädigung bei der Bergarbeit entstanden ist; das Invalidengeld wird dann um circa 25 Procent erhöht.

Das Wittwengeld beträgt jedesmal zwei Drittel desjenigen Invalidengeldes, welches die Männer bezogen haben resp. bezogen haben würden.

Im Uebrigen sind die Bestimmungen für Wittwen u. s. w. wie anderwärts.

Das Kindergeld beträgt für jedes Kind:
a) der Beamten der I. Abtheilung 2 Thlr. 7 1/2 Sgr. monatlich
b) „ „ „ II. „ 1 „ 15 „ „ „
c) „ „ „ Arbeiter „ I. Klasse 1 „ 7 1/2 „ „ „
d) „ „ „ „ II. „ 1 „ — „ „ „
e) „ „ „ „ III. „ — „ 22 1/2 „ „ „

Das Kindergeld wird in doppeltem Betrage gezahlt:
a) für vater- und mutterlose Waisen;
b) für die Kinder derjenigen Invaliden und Wittwen, welche den höchsten Pensionsjahre beziehen.

Das Oberbergamt hat die Befolgung der statutarischen Bestimmungen zu überwachen.

Die Mitglieder des Essen-Mühlheimer Revier's (I. u. II. Kl.) können zur Bochumer Knappschafs-Übereinunter den nämlichen Bedingungen. (Klasse, Dienstalter u. s. w.)

Fast auf jeder Zeche besteht noch eine Nebenunterstützungskasse, die vom verdienten Thaler einen Pfennig oder so ähnlich abzieht. Der Betrag des Krankengeldes ist allerdings gering.

Der Mitgliedschaft geht verlustig: wer seine Arbeit aufgibt, ohne die Kündigung einzuhalten und ohne von der Grubenvertretung Urlaub erhalten zu haben, und binnen 8 Tagen die Arbeit nicht wieder aufnimmt; wer auf der Zeche ablehrt und innerhalb 14 Tagen nicht zur Arbeit zurückkehrt. Der Knappschafskassen-Vorstand kann jedoch einem Feiertenden Urlaub gewähren(?), nur müssen die Beiträge zur Kasse fortgezahlt werden.

Zum Glück fangen die Bergarbeiter Westphalens jetzt an zu begreifen, was es mit der Knappschafs auf sich hat. Sie wollen deshalb mit allem Eifer daran gehen und sich freie Arbeiterklassen erkämpfen.

Zu diesem Zwecke ist ein „Allgemeiner Bergarbeiter-Berein“ gegründet worden, aus dessen, freilich noch nicht bestätigten, Statuten die beiden ersten Paragraphen hier Platz finden mögen.

§ 1. Der Verein führt den Namen: „Allgemeiner Bergarbeiter-Berein“, hat seinen Sitz vorläufig in Dortmund und verfolgt den Zweck: durch einheitliche Organisation die Ehre und materiellen Interessen seiner Mitglieder gegenüber der jetzt überhandnehmenden Ausbeutung zu wahren und zu fördern, sowie die Feststellung des Normalarbeitstages für die Bergarbeiter zu erstreben.

§ 2. Dieser Zweck soll erreicht werden a) durch wissenschaftliche Vorträge, Diskussionen und statistische Erhebungen; b) durch Einführung des Normalarbeitstages, und zwar zunächst an den Orten, wo die Arbeitszeit am längsten ist; c) durch Erhöhung der Arbeitslöhne wo die Löhne am niedrigsten sind, so daß dieselben den Lebensbedürfnissen der Mitglieder resp. aller Bergarbeiter entsprechen; d) durch Arbeitsvermittlung; e) durch Unterstützung bei Sterbefällen.

Die weiteren wesentlichen Bestimmungen des Statuts sind: 5 Sgr. Eintrittsgeld, 5 Sgr. Monatsbeitrag. Es besteht ein Vorstand aus 7 resp. 10 Personen, und eine Controlkommission aus 9 Personen, welche sich eine Geschäftsordnung selbst giebt und an einem anderen aber bestimmten Orte ihren Sitz hat als der Vorstand. Für nächstes Frühjahr stellte man einen Congreß in Aussicht, um endgültige Statuten festzustellen. Ob die jetzigen Statuten in obiger Form angenommen werden, hängt von der Behörde ab. Der Wunsch und das Bedürfnis wird immer fühlbarer, daß ein tüchtiger, gewissenhafter und umsichtiger Mann die Leitung in die Hand nehmen müsse. Für die Existenz würden sich Mittel und Wege finden.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Unterstützungs-Verband.
Während der Haft des Vorstandsmitgliedes August Kapell — vom 20. September 1875 bis 1. Januar 1876 — sind sämtliche Gelder und briefliche Angelegenheiten des Verbandes an das Vorstandsmitglied H. Eck, Berlin, Alte Jakobstraße 64, zu senden.
Berlin, den 16. September 1875.
Der Vorstand.

nöthig, daß vom 1. Oktober d. J. an Annoncen nur aufgenommen werden, wenn der Betrag dafür beiliegt oder eine größere Summe für Annoncen deponirt ist.

Zur annähernden Berechnung des Betrages können 10 einfache Worte auf eine Petitzelle gerechnet werden.

Bezüglich der Preisberechnung verweisen wir auf den Kopf des Blattes.

Leipzig, 25. August 1875.
Mit Genehmigung des Vorstandes
Die Expedition des „Volkstaat“.

Augsburg Soj.-dem. Verein.
Samstag, den 25. Sept. Abends 8 Uhr:
Monatsversammlung.
Der Ausschuss.
Der frühere Kassier G. Gittenlocher wird hierdurch aufgefordert, das Vereineigentum: Kassabuch, Stempel u. abzuliefern.
Der Ob. [70]

Bremen Das Arbeitsnachweisungs-Bureau des allgem. deutschen Schneidervereins befindet sich bei Gastwirt Kochmeyer, Hankenstraße 25. Dasselbst ist auch der Gesellenverkehr, sowie gute und billige Herberge, und ersuchen wir die Kollegen, unter Vermidung der sogenannten christlichen Herberge, anschließend nur hier einzulehren.
Der Vorstand. [60]

Erfurt Sonntag, den 26. September, in den Räumen des Rathskellers:
Grosses allgemeines Arbeiterfest.
Anfang Nachmittags 3 Uhr.
Festrede gehalten von Herrn Weiser aus Leipzig. — Freunde von Ray und Fern ladet nochmals hierdurch ein
Das Fest-Comité. [200]

Hormersdorf b. Thum Sonntag, den 26. Sept., Nachmittags 3 Uhr:
Volkversammlung
für Hormersdorf und die umliegenden Dörfer.
Ref. W. Liebknecht. — L.-D.: Reichstagsbericht und die Einigung der Sozialdemokratie. — Die Wähler des 19. sächs. Reichstagswahlbezirks werden ersucht, sich zahlreich einzufinden.
[70]

Hamburg Soj. dem. Verein.
Freitag, den 24. Sept., Abends halb 9 Uhr, in Stadl's Stablissement, Bolentinslamp 41:
Geschlossene Versammlung.
L.-D.: Fortsetzung von voriger Versammlung. Hörig. [60]

Hamburg Den Abonnenten des „Neuen Sozial-Demokrat“ und „Volkstaat“ die ergebene Mittheilung, daß, wenn bis zum 25. Sept. die Parteiblätter nicht abbestellt, als Abonnent für das 4. Quartal betrachtet wird.
A. Hörig, Cichdolz Nr. 58. [50]

Leipzig Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Montag, den 27. Sept., Abends 8 Uhr, Nicolaisstraße (goldener Ring) bei Fröhlich:
Versammlung.
L.-D.: Das neue Kranken- und Sterbefällen-Statut. — Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Aufnahme neuer Mitglieder. D. B. [70]

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonabend, den 25. September, Windmühlenstr. Nr. 7:
Versammlung.
L.-D.: Diskussion. — Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bev. [60]

Leipzig Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Sonntag, den 26. Sept., Abends halb 7 Uhr, im Saale des Herrn Jacobi, Rothenhaufgasse:
Gesellige Zusammenkunft,
verbunden mit Tanz.
Kollegen und Gesinnungsgenossen sind freundlich eingeladen.
[26] Das Comité. [175]

Leipzig Allgem. deutscher Schneiderverein.
Mittwoch, den 23. Sept., Abends 8 Uhr, im Saale des Thüringer Hofes, Burgstraße:
Versammlung.
Bitte willkommen. [10] D. B. [50]

Potsdam Die Abonnenten der Parteiblätter, sowie alle Parteigenossen ersuche ich Sonntag, den 26. Sept., Vormittag 10 Uhr im Gartenlokale des Herrn Wolf, Zimmerstr. Nr. 2 sich einzufinden. — Die Zeitungskommission ist anwesend um neue Abonnements für das 4. Quartal entgegen zu nehmen; auch müssen alle Rückstände bezahlt werden, widrigenfalls die Betreffenden im Parteiorgan veröffentlicht werden. Also thut Jeder seine Pflicht!
Mit soj.-dem. Gruß F. Haburg. [200]

Stellungsgesuch
Für meine 18jähr. Tochter suche ich möglichst fr. 1. Octbr. Stellung im Comptoir einer Buchhandlung oder in einem sonstigen kaufmännischen Geschäft. — Beste Zeugnisse von der Handelsschule des Herrn Dr. Wagner, sowie der Buchhandlung, auf deren Comptoir meine Tochter 6 Viertel Jahr gearbeitet hat, stehen zu Gebot.
Anderweitige Geschäftsdispositionen veranlassen einen Stellungswechsel.
Leipzig, den 20. Sept. 75. B. Liebknecht, Brauereistr. 11. [250]

Soeben ist erschienen:
Der Besiegte an die Sieger,
im 23. Landtagswahlkreis (Reudnitz, Neuschönefeld, Liebertsdorf) Humoristisches Gedicht.
Preis 10 Pf.
Für Wiederverkäufer 50 Stück R. 2.50. gegen baar.
Die Expedition des „Volkstaat“.

Soeben ist erschienen:
Ph. Becker: Stunden der Andacht.
Lieferung 12.
Preis 20 Pf.
Verantwortlicher Redakteur: G. Rindt in Leipzig.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeilherstraße 44, in Leipzig.
und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Ein bestimmtes Alter ist beim Eintritt in den Knappschafsverein in dem Statut nicht bestimmt; jedenfalls gilt die Bestimmung des obigen Statuts, nach der bis zu 60 Jahren jeder Bergmann oder Tage-
arbeiter in den Knappschafsvereinen aufgenommen wurde.